

Volksblatt

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Das Banner steht

Würdiger Verlauf des ersten Bezirksparteitages Halle-Merseburg

Zu neuen Ufern

Halle, den 8. Oktober.

Der am Sonntag und Sonntag im „Volkspark“ in Halle abgehaltene Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirksverband Halle-Merseburg, nahm einen überwältigenden Verlauf. Setzen wir an die Spitze unserer Betrachtung all der Dinge, die dort zum Ausdruck kamen, das Urteil eines alten Parteiveteranen gelegentlich einer kurzen Pause nach dem glänzenden Referat des Parteivorstandsmitglieds Genossen Otto Meier. Der alte Kämpfer sagte mit vor Rührung fast versagender Stimme: „Ich habe in diesem unsern „Volkspark“ schon manchen Tag von hoher politischer Bedeutung und voller Kampfesmut und Kampfesfreude erlebt. Der heutige Tag aber hat an Wucht und Größe, an innerem Gehalt alles bisherige weit übertraffen. Das war mehr als ein Parteitag schlechthin, das war für mich die Wiedergeburt der Sozialdemokratie und ihre ausschlaggebende Einschaltung dort, wo um das Wohl und Wehe des deutschen Volkes gerungen wird.“

Er hatte ins Schwarze getroffen, dieser alte Kampfgenosse. Schon das Programm um die prächtige äußere Aufmachung deutete auf große Tage hin. Prächtig nicht im Flitterglanz, prächtig in ihrer Würde. Auf roten Bahnen die Embleme der Partei. Prächtig auch die große Schar der Kämpfer, der Delegierten, die herbeigeeilt waren, mit zu raten und mit zu taten und neue Wege aus dem uns durch die wahnsinnigen Hitlerer bescherten deutschen Elend zu suchen.

Ernstes Angesichts, aber hoffnungsfroh schritten die Delegierten und die Fachberater nach der Eröffnungsansprache des Genossen Bruno Böttge und nach einem Referat des Genossen Walter Olschläger über die Aufgaben der Partei, an die vielfältige Arbeit des ersten Tages. Um gründlich und instruktiv an die Dinge heranzukommen, war eine Aufteilung in sechs Spezialgebiete vorgenommen worden. Es war da eine Tagung der Parteiarbeiter mit Bruno Böttge, eine kommunalpolitische Tagung mit Olschläger als Redner, eine agrarpolitische Tagung, der Genosse Dr. Kaspar das notwendige Wissen vermittelte, eine Wirtschafts- und Gewerkschaftstagung mit den Genossen Peters und Rößler, eine kulturpolitische Tagung, der Genosse Gallasch vorstand, ferner eine Tagung der Jugendarbeiter, Redner Genosse W. Schmidt. Alles Gebiete, in die die Partei dank ihrer einflußreichen Stellung in der Demokratie geschulte Fachleute zu entsenden hat.

Eine Großkundgebung am Abend mit dem Genossen Otto Meier als Redner und umrahmt von Musik und Männergesang, wurde zu einer gewaltigen Manifestation sozialdemokratischen Willens und Bekennens. Wir bekennen, so klang es da heraus, unsere Unterlassungssünde den Kriegsschuldigen Hitler und Konsorten gegenüber und wollen wieder gut machen, was andern Völkern an Leid und materieller Zerstörung zugefügt worden ist. Wir wollen auch alle unsere Kraft einsetzen, in demokratischer Gemeinschaft das am Nationalsozialismus erstickte Deutschland wieder aufzubauen und seinen Verbrechen in den Schutz gezeirten Namen wieder zur Achtung in der ganzen Welt verhelfen.

Als dann, nach 13 Jahren zum ersten Male wieder, der trutzige Sang vom Tord Foleson, formvollendet vom Volkschor Halle zu G-hör gebracht, durch den Raum brauste, lag freudige Genugtuung auf allen Mienen, die in stürmische Begeisterung ausklang: Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt!

Dieser herrliche Abend bekam dadurch noch eine besonders erfreuliche Note, daß als Gäste die Vertreter der Sowjetischen Militäratischen Administration teilnahmen. Auch die Provinzialverwaltung und die städtischen Behörden hatten Vertreter entsandt. Sie wurden herzlich begrüßt.

Die Veranstaltungen am Sonntag hatten unvergleichliche dramatische Höhepunkte. Schon die Morgenfeier zum Gedenken der Opfer des Faschismus mit Fritz Drescher als Redner. Ach was, Redner! Es war wie ein Heldenlied aus alter Sage, vorgetragen mit Ernst und Inbrunst. Klagen über die ungezählten Todesopfer einer Verbrecherbande, die den Titel Staatsmann besaßen, unerbittlich Vergeltung heischend. „Ich klage an!“ So stand er

da, unser junger Freund, und hatte Herz und Ohr seiner andächtigen großen Gemeinde. Fritz Hensel vom Stadttheater Halle sprach ergreifend über letzte Stunden und Gedanken zum Tode verurteilter Freiheitskämpfer. Die Feier verschönten wiederum der Buchdruckergesangverein Gutenberg und das Städtische Orchester.

Nach der Begrüßung des Parteitages durch Paul Schmidt vom Ortsverein Halle und Eröffnung durch den Vorsitzenden des Bezirksvorstandes, hielt Genosse Otto Meier ein konstruktives, grundsätzliches, Richtung weisendes politisches Referat. Es war so erschöpfend, daß es in diesem engen Rahmen eines Stimmungsbildes

(Fortsetzung auf Seite 2)

Nach 50 Jahren!

Von Otto Meier, Berlin

Vor einem halben Jahrhundert, am 6. Oktober 1895, trat in Breslau der alljährlich stattfindende Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen. Etwa 200 Delegierte aus allen Teilen des Reiches waren erschienen. Im festlich geschmückten Kongreßsaal blickten die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle und das von einem Lorbeerkranz umrahmte Bildnis Friedrich Engels, des erst zwei Monate vorher Verstorbenen, auf die Versammelten herab. Und darüber wehte stolz die alte rote Fahne der „sozialdemokratischen Arbeiter zu Breslau“ aus dem Jahre 1873 mit der Inschrift: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Einigkeit macht stark! —

Genau fünf Jahre vorher war das Schandgesetz Bismarcks gefallen. „Macht und kraftvoll, wie der Phönix aus der Asche, erobert sich seitdem die sozialistische Bewegung. Sie war über des Reiches eisernen Kanzler hinweggeschritten. Nun aber setzte die Reaktion erneut zum Sturm auf gegen die Partei an. Wilhelm II., auf sein Gottesgnadentum pochend, hatte zwar 1890 zu einem seiner Minister gesagt: „Die Sozialdemokraten überlassen Sie nur mir, mit denen will ich schon alleine fertig werden.“ Allein sein „persönliches Regiment“ erwies sich wie in der äußeren, so auch in der inneren Politik als schwach, der aufstrebenden Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten. Sein demokratisch verbrämtes, absolutistisches Regime des sich neu regenden Imperialismus ließ militäristischer Prägung der Herren von Ar und Helm, der Kohlen- und Schlotbarone, der Großbanken, schuf in der immer weiter fortschreitenden Proletarisierung mit innerer Naturgesetzlichkeit sich seinen eigenen Totengräber in einer Arbeiterklasse, die sich dank der ökonomischen Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels ihres geschichtlichen Auftrages bewußt geworden war. Hier liegt der tiefste Grund für das Scheitern des Sozialistengesetzes.

Hatten so die beiden großen Denker der sozialistischen Bewegung das wissenschaftliche Fundament gegeben, der tatensprühende, geniale Feuergeist Ferdinand Lassalle hatte ihre organisatorische Form geschmiedet. Unwiderstehlich, auf dem Boden der Demokratie kämpfend, drängte sie nach vorn. Das Scharfmacher-tum hetzte und ziel nach neuen Ausnahmegesetzen. Wenige Wochen vor Eröffnung des Breslauer Parteitages hatte sich Wilhelm II. wieder einmal zum Sprachrohr der Reaktion gemacht und die Sozialdemokraten im Schutze seiner Allerhöchsten Autorität drohend: „eine Rote Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, genannt. „Ich rufe Sie auf, um der hochverräterischen Schar zu wehren!“ Und gleich darauf fiel in einer anderen Rede das berühmte berüchtigte Wort von „jenen vaterlandlosen Feinden der göttlichen Weltordnung!“

Begrifflich, daß die Reaktionen aller Schattierungen solche Reden des jungen Kaisers mit jubelndem Beifall quittierten. Aber da erhob sich am 6. Oktober 1895 auf dem Breslauer Parteitag der Abgeordnete Wilhelm Liebknecht, neben August Bebel der Führer der deutschen Sozialdemokratie, und gab in seiner Eröffnungsrede überlegen und ruhig die Antwort der deutschen Arbeiterschaft auf diese Provokationen:

„Unter dem Schutze der höchsten Staatsmacht beleidigt man die Sozialdemokratie. Mit Hilfe der Staatsmacht ist der Partei der Fehdehandschuh hingeworfen worden, der Fehdehandschuh zum Kampf um Leben und Tod. Wohin? Was die Beleidigungen unserer Partei betrifft, so stehen wir so hoch, daß die Kotwähe, kommen sie, woher sie wollen, nicht an uns heranreichen.“

Stürmischer Beifall begleitete diese mannhaften Ausführungen. Bedeutungslos aber wurden sie doch wohl erst durch seinen Hinweis

Was wir wollen

Nachstehende Entschlüsse wurden auf dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg einstimmig angenommen:

Der Bezirksverband Halle-Merseburg hat seinen 1. Bezirksparteitag nach dem Zusammenbruch des Nazistystems abgehalten und zu den brennendsten Problemen der Gegenwart Stellung genommen. In allen Beschlüssen des Parteitages ist der einmütige Wille zum Ausdruck gekommen, zusammen mit allen antifaschistischen Parteien am Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Der Bezirksparteitag hat von den Ergebnissen der Einzeltagungen Kenntnis genommen. Er billigt ihre Entschlüsse und macht sich insbesondere folgende Forderungen zu eigen:

1. Das Kulturleben in Deutschland ist von allen Resten einer reaktionären Weltanschauung zu befreien. Die sozialistische Kulturpolitik wird im Dienste der Volks- und Völkerversöhnung, der Menschenwürde und der Rechlichkeit stehen.
2. Auf kommunalpolitischem Gebiet wird die restlose Säuberung der Verwaltung von nazistischen und militaristischen Elementen verlangt. Die kommunale Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage ist wieder herzustellen.
3. Um die Erreichung der Ziele der Bodenreform zu gewährleisten, ist die Mitarbeit der ländlichen Parteigenossen und insbesondere der hilfsbereite Einsatz der sozialdemokratischen Mitglieder der Bodenkommissionen erforderlich. Die Ernährung des deutschen Volkes muß unter allen Umständen sichergestellt werden.
4. Der Neuaufbau unserer Wirtschaft kann nur in engster Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten, Unternehmern und Verwaltung erfolgen. Die Gewerkschaften müssen maßgebend am Aufbau der Organisation der Wirtschaft beteiligt werden. Nur eine weitgehende Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften bietet die Gewähr für die notwendige Rücksichtnahme auf das Allgemeininteresse. Die kapitalistischen Monopole und Konzerne bedeuten in einem demokratischen Staatswesen eine ständige Gefahr für den Staat. Deshalb muß

die Macht der Konzerne und Monopole gebrochen werden.

Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ist beschleunigt voranzutreiben. Durch Sofortmaßnahmen ist der Einfluß der Provinzialverwaltung auf den Bergbau und die Energiewirtschaft der Provinz sicherzustellen.

Der Parteitag ruft die Arbeiterschaft auf, aus freiem Entschluß die Verantwortung für die Produktion zu übernehmen und alle Kräfte für die Steigerung der Produktion und die Sicherung der Ernährung einzusetzen, um das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen.



auf die Waage, mit der die Sozialdemokratie kämpft: die Demokratie!

„Die Sozialdemokratie war von allen Parteien die erste, die diese Waage methodisch benutzte...“

Mit dieser Waage der Demokratie säte die Sozialdemokratie, wie Wilhelm Liebknecht es in dieser bedeutungsvollen Rede klassisch formuliert...

Was die Erinnerung an den Breslauer Parteitag, der am 6. Oktober 1895 begann, beson-

ders aktuell erscheinen läßt. Ist seine Tagesordnung. Eine Woche lang berieten die Delegierten die Frage der Agrarreform...

Nas war vor 50 Jahren. Historische Reminiscenzen. Aber auch ein Stück lebendigster deutscher Geschichte...

Otto Meier spricht

Als am 17. Juni d. J. die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus der Illegalität in die Legalität hinüberwechselte, bedeutete das mehr als nur das Wiederanknüpfen...



nach Ueberwindung des Papiermangels werden es bald doppelt so viel sein... „Wo stehen wir, wohin gehen wir?“

Im Hinblick auf die inzwischen sich fortentwickelnde politische Situation entscheidend die Richtlinien. Die Rede wird weiter dazu beitragen...

Den toten Freiheitskämpfern

Im Saal des „Volkspark“, der großen Tradition der mittelständischen Arbeiterschaft, in diesem Raum, der Zeuge unzähliger Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen...

men werden mußte. Es ist unsere Verpflichtung unseren Toten gegenüber, das wir mehr tun als nur unsere Schuldigkeit.

In von jugendlichem Mut und Temperament getragenen Worten richtete er eine unerbittliche Anklage gegen Hutseineren Anhang mit all seinen Beauftragten und Handlangern...

Der Redner gelobte dann im Namen der Partei, daß der Tag kommt, an dem diesen Märtyrern volle Gerechtigkeit zuteil werden wird...

Wir stehen auf den Trümmern eines Reiches, auf dem traurigsten Erbe, das jemals übernommen werden mußte...

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß solche Stunden, wie wir sie in diesen Tagen erleben durften...

Die historische Schuld der deutschen Arbeiterklasse

Die Situation, in der wir heute als Partei stehen, läßt keine Parallelen zu dem nachfolgenden Vergleich mit 1918/19 nicht zulässig...

für uns neuen Zeugen aufstehen. Wer uns den Vorwurf macht, wir hätten keine Revolution gemacht, möge sich belehren lassen...

Nach Ueberwindung des Papiermangels werden es bald doppelt so viel sein...

Wir kämpfen waffenlos und in kleinen Verbänden. Aber die vereinten Großmächte, denen wir jetzt unsere Freiheit verdanken...

die Eingliederung des Reiches in die Reihe der großen Demokratien. Hier schon beginnt die tragische, historische Schuld der deutschen Arbeiterklasse...

Zu neuen Ufern

In der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse wird einmal die Epoche von 1918 bis 1933 eine besondere Rolle spielen...

auch nicht andeutungsweise behandelt werden kann. Es muß an anderer Stelle gelesen werden. Gesagt werden soll hier nur, daß der Redner Vertrauen zur Sozialdemokratischen Partei...

„Wo stehen wir, wohin gehen wir?“ Im Hinblick auf die inzwischen sich fortentwickelnde politische Situation entscheidend die Richtlinien...

Da der für die Kommunistische Partei gemeldete Genosse Bernhard Koenen nicht rechtzeitig zur Tagung erscheinen konnte, ergriff ein Vertreter von ihm das Wort...

Nur eine gemeinsame Sozialdemokratie für das ganze Deutschland

Diese Feststellung zu treffen, scheint mir im Hinblick auf die Entwicklung im westlichen Reichsteil besonders wichtig zu sein. Denn zur selben Stunde, da wir uns hier zu unserer Beratung zusammensetzen...

Es wäre noch manches über diesen Parteitag zu sagen. So sprach z. B. der im Bezirk Halle-Merseburg bekannte Parteiveteran Genosse Reinhold Drescher im Namen aller alten Parteigenossen...

Entscheidend für die Zukunft Deutschlands ist dessen wirtschaftliche und politische Einheit, und diese wiederum kann nur gewährleistet werden durch eine in sich geschlossene Reichspartei der deutschen Sozialdemokratie.

Nach dem einstimmig erfolgten Neuwahlen fand der Parteitag mit dem gemeinschaftlichen Gesang der Internationalen einen würdigen Abschluß. Er ist ein Markstein in der Geschichte der Sozialdemokratie und wird allen Teilnehmern unvergessen bleiben.

und stellt die Verantwortung für ihr künftiges Schicksal in die Hand zu legen. Vor allem fand die Aufteilung in Einzelstellen eine ausgiebige Erörterung. Der Referent vertrat den Standpunkt, daß mit einer solchen Aufteilung der alte Standpunkt des sozialdemokratischen Agrarprogramms bestätigt sei, daß man den Kleinbetrieb mit seinen Vorzügen erhalten und ihm durch die technischen und organisatorischen Vorteile der technischen Einrichtungen in der Landwirtschaft zuzugewinnen lassen müsse. Er rief am Schluß seiner Ausführungen alle Genossen auf, bei der Durchführung dieses großen gesetzgeberischen Werkes mit Hand anzulegen und damit die Existenzgrundlage für tausende Familien auf dem Lande zu festigen und neu zu begründen.

Die Aufgaben der Gemeinden

Im Rahmen der sehr stark besuchten Kommunalpolitischen Tagung des Bezirksparteiorgans sprach Genosse W. Otschläger (Halle) über die Kommunalpolitische Arbeit der Sozialdemokratie. Eine eingehende Darstellung der Probleme der heutigen Kommunalpolitik durch den Redner haben wir bereits in unserer letzten Ausgabe gebracht, auf die wir nochmals verweisen. In seinem Referat führte Gen. Otschläger aus: Schon einmal hat sich die deutsche Arbeiterschaft vor die Aufgabe gestellt gesehen, Deutschland aus dem Zusammenbruch zu retten. Die heutigen Verhältnisse lassen sich aber mit denen von 1918 in keiner Weise vergleichen. Wir stehen vor ungleich schwierigeren Verhältnissen. Nicht nur verfiel die Arbeiterschaft über eine festgelegten Organisationsform wie 1918, sondern vor allem haben auch die alten Behörden nach dem Zusammenbruch vollkommen versagt. Die Durchsetzung der Behörden mit faschistischen Elementen zwang auch dazu, zunächst einmal alle diese faschistischen Beamten zu entfernen, damit jede Sabotage am Wiederaufbau verhindert wurde. Das ging nicht immer ganz einfach und ohne Schwierigkeiten vor sich. Auf dem Gebiete der Ernährung wurde stark sabotiert, da hier noch gemergerische Kräfte saßen. Durch Neuaufbau der Wirtschaftskammern wird ein Ende gemacht.

Auch Kreise und Gemeinden haben durch kurzzeitige Politik oftmals dazu beigetragen, die Ernährungsschwierigkeiten zu vergrößern. Das darf nicht sein. Keinesfalls kann es gutgehen werden, wenn diese Gemeinden übergeben, Lebensmittel schwarz gegen Ueberpreise aufzukaufen, wie das schon geschehen ist. Die Hauptaufgabe der nächsten Zeit ist es, die drohende Hungersnot zu verhindern. Dazu war es vor allem auch nötig, daß die Sperrung der inneren Grenzen aufgehoben wurde.

Die Gemeinden haben heute ein Uebermaß von Arbeit zu leisten. In den ländlichen Gemeinden ist durch die Bodenreform eine weitere Belastung hinzugekommen. Auf diesem Gebiete müssen alle Gemeinden aktiv mitarbeiten. Auch das Flüchtlingsproblem bringt zusätzliche Belastungen. Aber auch dieses Problem muß gelöst werden. Besondere Beachtung erfordert das Gesundheitswesen in den Gemeinden. Die Steigerung der Sterblichkeit muß schon jetzt große Bedenken, die Gefahren, die in der Unterernährung der Bevölkerung liegen, sind groß.

Ein außerordentlich schwieriges Kapitel werden noch auf lange Zeit hinaus die Finanzen der Gemeinden und Städte bleiben. An Steuern, Zuschüssen und Zinsen sind

Ein lebhaftes, mehreres Stunden dauerndes Aus-sprache zeigte, welche regen Anteilnahme das Thema Bodenreform bei den Genossen gefunden hat. Die vielen Fragen, die an den Referenten gestellt wurden, ließen aber auch erkennen, daß die Durchführung derselben ein viel Arbeit, Sachlichkeit und Geschick erfordert. Es sind besonders die Gewährleistungen, die in der Praxis häufig auftreten werden, die ein bedeutendes Maß von Objektivität bei der Regelung voraussetzen. Auf einen Hieb wird das alles nicht machbar lassen, es wird vorläufig noch viel Unstimmigkeiten und auch noch manches Unrecht geben. Aber es ist Vorsorge getroffen, daß dann Korrekturen erfolgen. Aus politischen Gründen aber war es notwendig, daß schnell gehandelt wurde, damit nicht wieder wie 1918, eine günstige Gelegenheit, die Reaktion aus ihren Nestern zu vertreiben, verpaßt wird.

erhebliche Anstöße zu verzeichnen, während die Ausgaben durch Mehraufwendungen bei der öffentlichen Fürsorge ständig steigen. Es wird nötig sein, neue Einnahmequellen für die Gemeinden und Städte zu erschließen. Genosse Otschläger ging dann noch eingehend auf die Schul- und Lehrpläne, sowie auf die neu zu gründenden Volkshilfungsämter, die alle Kulturinteressen in den Gemeinden zusammenfassen sollen, ein. Die Frage der Schiedsmänner ist jetzt spruchreif geworden. Auch hier müssen unsere Genossen eifrig mitarbeiten, abschließend hat er noch hervorzuheben, daß alle Schwierigkeiten, die jetzt auftauchen, einzig und allein Hitler und seinen Trabanten zuzuschreiben sind. Darauf kann nicht oft genug hingewiesen werden. Die Spitzenfunktionäre in der Kommunalpolitik werden von nun ab wieder laufend Besprechungen abhalten und die Kommunalpolitik der Partei gleichmäßig ausrichten.

Im Anschluß an das Referat fand eine lebhaft Aus-sprache über die aktuellen Fragen der Kommunalpolitik statt, in der die Genossen aus dem Bezirk von den Schwierigkeiten der Not benachteiligten, die der Neuaufbau der Gemeindeverwaltungen mit sich bringt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in den Gemeinden unbedingt darauf geachtet werden muß, daß jeder Schwarzhandel unterbleibt und die Preise stabil bleiben. Besonders betont wurde, daß sich keine Genossen unter keinen Umständen dazu hinreißen lassen dürfen, an wilden Aktionen (Beschlagnahmen usw.) teilzunehmen. Alles, was wir in den Gemeinden unternehmen, muß legal sein und eine gesetzliche Grundlage haben. Nur so können wir unseren Grund ruh wahren und uns den Erfolg für die Zukunft sichern.

Bedauert wurde es, daß besonders in den ländlichen Gemeinden die Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Parteien immer noch Schwierigkeiten stößt. Hier muß noch eine Menge Mißverständnisse und Mißtrauen beseitigt werden. Nur dann kann auf die Dauer ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Arbeiterschaft und somit des ganzen Volkes möglich sein.

Auf dem Gebiete der personellen Umgestaltung sind in den verschiedensten Gemeinden und Körperschaften noch Schwierigkeiten vorhanden. Trotzdem wird alles getan werden müssen, um alle faschistischen Elemente aus den Behörden zu entfernen. Zu diesem Zweck wird bei der Bezirksebene eine besondere Stelle eingerichtet werden, so daß es dann möglich sein wird, entsprechende Fachkräfte dahin zu vermitteln, wo sie fehlen.

Die Wirtschaftsprobleme

Die Wirtschafts- und Gewerkschaftstagung war ebenso wie die anderen Sonderberatungen überfüllt. In einem zusammenfassenden Referat schilderte der Genosse P. Peters die Zusammenhänge in der Wirtschaftsstruktur unserer Provinz, wie auch den besonderen Charakter, der sich aus dem gleichzeitigen Vorhandensein von intensiver Landwirtschaft und bedeutender Industrie verschiedenster Art ergibt und zeigte gleichzeitig auch die starke Verflechtung der Provinz Sachsen mit der gesamten deutschen Wirtschaft.

Anschließend gab Genosse Thape Hinweise auf das grundlegendste Neue unserer Verhältnisse. Wenn wir das richtige Urteil suchen, um eine Situation zu meistern, dürfen wir nie außer acht lassen, daß wir vor einem Nichts stehen, daß Deutschland von den Nationalsozialisten vollständig zerstört wurde, und daß alles wieder neu gebaut werden muß. Bei uns liegt es, was wir in diesem leeren Raum hineinbauen. Eine lebhaft Aus-sprache schloß sich an, in der wieder einmal zu erkennen war, wie ernst und gründlich die Arbeiterschaft die Probleme der Wirtschaft nimmt und wie entschlußfähig, aber auch wie verantwortungsbewußt und sachverständig sie ihre Arbeit anfaßt.

Zur Gewerkschaft, über die durch die vorgeschrittene Zeit leider nicht so ausführlich gesprochen werden konnte, wie es nötig gewesen wäre, nahm Genosse W. Rößler Stellung. Er zeigte auf, was an Organisationsarbeiten gelöst wurde, wie wertvoll auch nicht, was noch geleistet werden muß. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Entschließung, in der die Grundforderungen zusammengefaßt wurden. Unterstehend sind diese Entschlüsse im Wortlaut. Alle, die an der Sondertagung Wirtschaft und Gewerkschaft teilgenommen haben, werden wesentlich bereichert an ihre Wirkungsstätten zurückgehen und bestärkt im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung, aber auch der großen Bedeutung für den Neuaufbau Deutschlands noch intensiver als bisher schon an die Arbeit gehen.

Die Entschließung

Die Wirtschafts- und Gewerkschaftstagung des Bezirksparteiorgans für den Bezirksverband Halle-Merseburg am 6. Oktober 1945 begrüßt

die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, die alle früheren Gewerkschaftsrichtungen einschließt.

Nur durch diesen Zusammenschluß und die damit einheitliche Ausrichtung aller Kräfte wird es möglich sein, die großen Aufgaben zu erfüllen, die entsprechend den Zeitverhältnissen den heutigen Gewerkschaften gestellt sind. Die Gewerkschaften müssen politisch antifaschistisch, antimilitaristisch, sozial und demokratisch ausgerichtet sein. Die Erziehung und Erziehung aller Schaffenden in diesem Sinne nicht erst die Gewähr, wieder in die Gewerkschaften Internationale aufgenommen zu werden und damit die Gleichberechtigung mit anderen Vorkern zu erwerben. Erst mit dieser Gleichberechtigung ist dem deutschen Volk die Gewähr geboten zum Wiederaufstieg in sozialer und kultureller Beziehung. Die Parteigenossen werden aufgefordert, mit allen Kräften dafür zu wirken, baldigst die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die zur Führung der Freien Gewerkschaften erwählten Personen haben unter Beweis zu stellen, daß sie in ehrlicher kameradschaftlicher Zusammenarbeit die Geschäfte führen.

Die Freien Gewerkschaften sind demokratisch und können nur Antifaschisten werden.

Die Wahlen zu den Körperschaften sind geheim.

Die auf demokratischer Grundlage zustandekommene Beschlüsse sind bindend für jedermann.

Einem Wettstreit soll es nur geben in der Ehrlichkeit und Tatkraft der im Interesse aller Wirkenden gestellten Aufgaben.

Ein solcher Geist muß vorherrschen, der es ermöglicht, sich über alle schädigenden Sonderinteressen hinwegzusetzen.

Erst die Zusammenarbeit auf diesem Boden innerhalb der Gewerkschaft gibt die Gewähr für die Zusammenfassung aller Schaffenden in einer einheitlichen Partei.

Die Teilnehmer des Bezirksparteiorgans geloben, jeder zu seinem Teil dazu beizutragen, daß der Wunsch aller Arbeiter verwirklicht wird.

Die Organisation der Friedensarbeit

Die Sorgen der Aemter der Arbeit

(Erg. Bericht, H. R.) Bitterfeld, den 8. Oktober. Wie überall, so standen auch die Arbeitssammler in der Provinz Sachsen nach dem Zusammenbruch vor der Aufgabe, alle Arbeitssammler erst einmal zu entsenden, denn sämtliche Unterlagen waren vernichtet worden.

Der Einsatz der Arbeitskräfte war jedoch örtlich ganz verschieden. Hier bildeten Firmen und Werke verschont, dort wurden sie zerstört. Vor allem aber mußte die Umstellung der Betriebe auf Friedensarbeit erfolgen und dementsprechend Arbeitskräfte eingesetzt werden. Daneben liefen auch in der Provinz Sachsen die Säuberungsprozesse. Aktive Nazis wurden entfernt und zunächst zu einem Aufräumungs- oder Pflanzdienst eingesetzt.

Bald zeigte sich aber, daß dieser Pflanzdienst mit allerlei Mühen verbunden war. Es mußte auch hier ein planvoller Arbeitseinsatz erfolgen. Das Arbeitsamt Bitterfeld hielt den Kontakt mit der Wirklichkeit und entschied nicht vom grünen Tisch aus. Die chemischen Betriebe in der Spitzelkategorie geschick, sofern sich Spezialkenntnisse besaßen. Ingenieure wurden zu Schlossern, Drehern, Schweißern, Klempnern, und Chemiker setzte man im Bedarfsfall an die Stelle, wo einst der Arbeiter gestanden hatte und noch steht. Hier haben sie Gelegenheit, sich zu bewähren und emporzukommen, sofern sie ehrlich gewillt sind, zuarbeiten. Alle noch nicht eingesetzten Pflanzarbeiter bald hier, bald dort zuzupacken wo nötig. Vordringlich in der Landwirtschaft.

Im Bitterfelder Bezirk besteht trotzdem ein Mangel an Bergarbeitern und im Baugewerbe. Es gibt hier noch etwa 2000 offene Stellen, die besetzt werden sollen. Dann fehlt es an Schneidern und Schuhmachern, an Dachdeckern und anderen Handwerkern in enger Zusammenarbeit mit dem Handwerk sollen nun auch nicht einsetzbare Kräfte umgeschult werden.

Augenblicklich bildet die bevorstehende Zuckerrübenkampagne einen wesentlichen Teil der erforderlichen Arbeiten. Auch hier arbeitet man nicht vom grünen Tisch aus, sondern geht hinaus auf das Land. Ein Vertreter des Arbeitsamtes reiste nach Thüringen, um dort Heimarbeiter zu organisieren, die für die Einbringung der Zuckerrübenenernte eingesetzt werden. Nach Beendigung dieser Arbeit — etwa Mitte November spätestens — gehen sie wieder heim und nehmen den Winter über ihre altgewohnte Heimarbeit wieder auf. Früher kamen auch sehr viele Heimarbeiter zur Zuckerrübenenernte aus Obersachsen, aber das entfällt heute, da ausgearbeitete Obersachsen in andere Aufnahmegebiete abgewandert sind. Auch die Zuckerrüben haben in diesem Jahre Arbeitssammler zusätzlich angefordert, um die Rüben möglichst schnell verarbeiten zu können.

Man kann die geleistete Arbeit erst richtig ermessen, wenn man erfährt, daß es allein im Bereich des Bitterfelder Arbeitsamtes im April und Mai nach der Besetzung durch amerikanische Truppen noch 10-12.000 Erwerbslosige gab. Jetzt stehen diese fast ausnahmslos in Lohn und Brot, so daß sie auch soziale Wohlfahrtsleistungen nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. H. R.

Theatersorgen in Magdeburg

Der „Krisispalast“ wird Theater

Magdeburg, den 8. Oktober. In Magdeburg sind alle Theater in der Stadt zerstört. Das Stadttheater ist ein Schutthaufen, vom Wildtheater stehen noch die Umfassungsmauern und das Zentraltheater ist vollständig ausgebrannt. Durch den städtischen Kulturdienst ist das Gesellschaftshaus der Harmonie zum Haus der Kunst umgestaltet worden. Dort wirken die Kräfte des Stadttheaters. Aber der Saal fällt nur 400 Sitzplätze. Das Theater aus wirtschaftlichen bestehen soll, muß es größere Räume haben. Mehrere Projekte sind aufgetaucht. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß man beabsichtigt, den Krisispalast an der Leipziger Straße zum Theater umzubauen.

Der Krisispalast erinnert an die alte Magdeburger Geselligkeit, die ihre Säle außerhalb der Stadt suchte. Vor 50 und 50 Jahren entstanden große Lokale vor den Toren der alten Festungsstadt. An Festtagen unternahmen dann die Magdeburger Luftfahrten in jene Lokale, die weit draußen und noch ohne Zusammenhang mit den Wohnstraßen der Stadt waren. Eine Straße vier Wochen lang, einladende Villen am Waldessaum und ähnliche idyllische Plätze gibt.

Aber sein Blick, der sich eben noch aufhelle, verdustert sich gleich wieder, wenn er sieht, mit welchen dicken Stahltrössern liegen viele „Inselbewohner“ ihre Hergel gegenüber der Fluchtliniensnot, die jetzt nach Mitteleuropa hineinbrandet, vergeschlossen haben. Es muß schon mal gesagt werden: die „Inselleute“ sind manchmal Muster abgekehrter Reserviertheit und egoistischem Unverstehtens.

Wir wissen: jeder hat sein Päckchen zu tragen, aber warum sollen die wirklich leid-geprüften von allen Nöten heimgesuchten Volkskreise — Flüchtlinge Unquartierte und Ausgebühten — die Prügelnahen für die Verbrechen einer wahlzigen Clique sein, die uns an den Abgrund der vollendeten Katastrophe gebracht hat! Warum sollen sie die

Aus der Provinz

Dähre. Auch in unserer Ort fand in diesen Tagen die erste öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei statt. Nach der Eröffnung der Kundgebung durch den Genossen Leisner sprach Gen. Zobel (Salzwedel) vom Wege zum Wiederaufbau Deutschlands.

Bonsee. Die öffentliche Versammlung der SPD in Bonsee ist ein voller Erfolg geworden. Die Ausführungen des Genossen Plank über die Bodenreform und den Aufbau der Sozialversicherungen fanden stärkstes Interesse und wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Disdorf. Mit einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung begann hier die öffentliche Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Gen. Feldmann sprach nach der Eröffnung der Kundgebung durch Amtsversteher Vollrath zu dem Thema des Tages. Seine Ausführungen wurde das stärkste Interesse entgegengebracht.

Jähr stand im Zeichen der ersten öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in der Verbrat der Ortsverein Jähr neugegründet wurde.

Wansteben. Ein voller Erfolg wurde die erste öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei. Nach der Eröffnung durch den Genossen H. Halme sprach Genosse Otschläger über das Thema: „Die Zukunft des deutschen Volkes.“

An der Leipziger Straße wurde im Jahre 1899 mit dem Bau eines neuen Lokals begonnen, das als Großbau in Magdeburg Konzerte, Theateraufführungen und sonstige Veranstaltungen beherbergen sollte. Es wurde Kristallpalast genannt. Die Gesamtkosten betragen eine Million. Für die damalige Zeit ein Unternehmen, das einen gewissen Wagemut verlangte. Die Stadt war damals zwar in großer Entwicklung, aber der Kristallpalast mit seinen 3 Sälen, deren größter 2000 Sitzplätze umfaßt, lag eben doch noch sehr weit abseits des städtischen Verkehrs.

Der Kristallpalast spielte dann im Magdeburger Konzertleben eine bedeutende Rolle. Berühmteste Dirigenten, Musiker und Sänger boten hier den Magdeburgern ihre Kunst. In der Erinnerung der Arbeiterschaft stehen die großen Versammlungen, die hier abgehalten wurden.

Der Kristallpalast besteht heute nur noch zu einem Teil. Die Gebäude an der Straße sind aber nicht mehr. Die Säle sind verschwunden. Nur das große Saalgebäude besteht noch. Eine Aufgabe des städtischen Baumeisters wird es nun sein, aus diesen restlichen Teilen ein Gebäude zu schaffen, das auch den heutigen Ansprüchen entspricht. Wir an ein Theater stellen, genügen kann. E. R. M.

Flüchtlinge und Inselbewohner

Wie glückliche „Inseln“ ragen heute die von Kampfhandlungen und Bomben zerstörten gebliebenen Städte und Landstriche aus der durch den nazistischen Kriegswahn zerstörten deutschen Landschaft heraus. Gegen die Bewohner dieser „Inseln“, die heute immer noch nicht das gebührende Verständnis gegenüber dem Flüchtlingsproblem aufbringen, wenden sich die Ausführungen unseres — bl. — Mitarbeiter.

Wer aus der Wüste der Trümmer und Ruinen kommt, freut sich wahrlich doppelt, daß es hier und dort in unserer Provinz noch unversehrte Wohnbezirke, grünrummende Heimgärten, spitzbügelte Landhäuser auf bergiger Höhe, einladende Villen am Waldessaum und ähnliche idyllische Plätze gibt.

Aber sein Blick, der sich eben noch aufhelle, verdustert sich gleich wieder, wenn er sieht, mit welchen dicken Stahltrössern liegen viele „Inselbewohner“ ihre Hergel gegenüber der Fluchtliniensnot, die jetzt nach Mitteleuropa hineinbrandet, vergeschlossen haben. Es muß schon mal gesagt werden: die „Inselleute“ sind manchmal Muster abgekehrter Reserviertheit und egoistischem Unverstehtens.

Wir wissen: jeder hat sein Päckchen zu tragen, aber warum sollen die wirklich leid-geprüften von allen Nöten heimgesuchten Volkskreise — Flüchtlinge Unquartierte und Ausgebühten — die Prügelnahen für die Verbrechen einer wahlzigen Clique sein, die uns an den Abgrund der vollendeten Katastrophe gebracht hat! Warum sollen sie die ganze drückende Last der Kriegsschuld spüren, die auf dem Rücken von Millionen Kopfnickern und Ja-Sagern gebührt!

Deshalb ist es auch keineswegs angängig, sich die Zigaretten so tief wie möglich über Augen und Ohren zu ziehen, um das Flüchtlingensind nicht wahrnehmen zu können. Wer von den „Inselbewohnern“ meint, daß Flüchtlinge grundsätzlich in Scheunen, Ställen und verwahrlosten Katen hausen könnten — sie könnten ja die geruchlose, saure Atmosphäre des friedensmäßigen Haushalts stören — er gehört selbst mit einer Kette um den Hals in den Stall für vierbeinige Züglere.

Was man dagegen tun kann? Im Kreis Wernigerode haben die örtlichen Leitungen des antifaschistischen Blocks die Betreuung, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen übernommen. Der gesamte Wohnraum wurde noch einmal gründlich revidiert und alle Konzeptionen, die von den Nazibevollmächtigten gegenüber vielen „Prominenten“ gestellt wurden, wurden durch die Ortsvereine Jähr neugegründet wurde.

Wansteben. Ein voller Erfolg wurde die erste öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei. Nach der Eröffnung durch den Genossen H. Halme sprach Genosse Otschläger über das Thema: „Die Zukunft des deutschen Volkes.“

Aus der Illegalität in die Legalität

Die Sozialdemokratische Partei kampfbereit

Der Parteitag der SPD im Bezirk Halle-Merseburg, der am 6. und 7. Oktober im „Volkspark“ in Halle stattfand, gestaltete sich zu einem großen Erlebnis.

Mit dem Liede „Märzluft“ von Gottfried Ammer leitete der Buchdruckergesangsverein „Gulenberg“ zur eigentlichen Parteitagung über. Genosse Paul Schmidt begrüßte für den Ortsverein Halle Gäste und Delegierte und insbesondere die Veteranen, unter ihnen auch den Erbauer des Volksparks Franz Krättschmann. Wie schmerzlich war es für uns gewesen, 13 Jahre nicht den „Volkspark“, diese historische Stätte der Arbeiterbewegung, betreten zu können. Genosse Schmidt erinnerte an die letzte Parteitagsausstellung in Berlin und wie ihn danach der so früh verstorbene Genosse Franz Peters mit der Bildung der illegalen Parteiorganisation während der Hitlerzeit betraut habe. Und wir haben versucht, so führte er weiter aus, über den ganzen Bezirk die Parteiorganisation aufrechtzuerhalten. Es hat Opfer gekostet. Als wir weg waren, traten an unsere Stelle andere Genossen, die trotz Terror die Fahne hochhielten. Wir begrüßen darum auch nicht heute den ersten Parteitag überhaupt, sondern wir sind auf dem ersten Parteitag nach Wiederherstellung der Legalität. Die Partei hat nicht aufgehört gehabt. Leider war es uns nicht vergönnt, den Faschismus selbst zu stürzen. Erst die Macht der alliierten Armeen hat das vermocht. Sofort nach Einzug der Amerikaner haben wir von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, für die Partei wieder zu arbeiten und unsere alten Genossen selbst zu stützen. Ihnen gebührt dafür die Anerkennung. Dem Parteitag wünschte der Redner bestes Gelingen und vollen Erfolg (Beifall).

Genosse Olschläger eröffnete nunmehr im Auftrage des Bezirksvorstandes den Parteitag mit Worten des Willkommens. Nach langem, schwer durchkämpften 13 Jahren ist die Parteigenossenschaft unseres Bezirks

zum ersten Male wieder angetreten, um sich einheitlich für die kommende Arbeit auszurichten. Das war uns nur möglich, durch die siegreiche Vordringung der Roten Armee und ihrer Verbündeten. Ich spreche daher im Namen der SPD hiermit unsern Dank aus.

Der Bezirksvorsitzende begrüßte hierauf die Delegierten, die vielen Gastdelegierten, den Vertreter des Parteivorstandes, Genossen Otto Meyer (Berlin), die Vertreter der Bezirksvorstände von Magdeburg, Dessau und Thüringen, den Provinzialvorstand, die Gewerkschaften, die Provinzialverwaltung, die Vertreter der halleschen Stadtverwaltung und der drei antifaschistischen Parteien. Worte des Dankes folgten an alle Mitwirkenden und besonders an den Ortsverein Halle. Sein besonderer Gruß galt den Veteranen, von denen einige bereits an der Wiege unserer Partei standen. Heute versprechen wir ihnen, daß wir das von ihnen geschaffene Gedenkbuch behalten und in die Kreise der Parteigenossenschaft immer wieder hinaustragen wollen. Seit dem letzten Parteitag 1932 hat der Tod eine große Zahl Genossen aus unseren Reihen gerissen. u. a. Franz Peters und gestern brachte der Rundfunk die Nachricht, daß Hans Vogel in London gestorben ist. Während sich die Versammlung von den Plätzen erhoben hatte, gedachte Genosse Olschläger der Toten, und leitete mit dem Lied „Die halleschen Genossen sich an die Spitze des Bezirks stellten, war es unsere erste Pflicht, eine starke und kampffähige Organisation aufzubauen. Ueberall haben wir freudige Mitarbeiter gefunden. Mit viel Fleiß und Eifer haben wir unsern Parteitag zum ersten Male zusammengetragen bis wir das Haus unserer Partei fertig hatten. Heute stellen wir euch unsere Parteiorganisation im Bezirk Halle-Merseburg vor. Jeder von uns ist von einer wirklich inneren Freude erfüllt. Unsere Partei ist wieder da und ist sich ihrer verantwortungsbewußten Aufgabe bewußt. Auf Sozialisten, schließt die Reihen! (Beifall).

Die Fahne gerettet

Genosse Olschläger übergab danach die alte Fahne der Sozialistischen Arbeiterjugend Grenzhalles an die dortigen Genossen, vor dem Zugriff der Gestapobesorgungen bewahrt und jetzt dem Bezirksvorstand zur Verfügung gestellt haben, dem Führer der Bezirksjugend der Partei, dem Genossen Walter

ranen für die revolutionäre Idee geleistet haben, und wir werden uns bemühen, als junge Generation der Partei unsere Pflicht zu tun, damit die Partei von sich sagen kann: Mit uns die Jugend, mit uns die neue Zeit! (Beifall).

Die alte Garde scheidet

Von stürmischem Beifall begrüßt ertönt jetzt unser alter Genosse Reinhold Drescher, der aus Berlin gekommen war, mit bewegter Stimme das Wort: Im Namen der anwesenden Veteranen, von denen mancher mit mir seit 1906 von Ort zu Ort gegangen ist, danke ich für den freundlichen Empfang. So, wie dieser junge Genosse erklärt hat, die Jugend wolle ihre Pflicht tun, so sagen wir alten Parteiveteranen: Wir wollen den letzten Rest unseres Lebens dafür hergeben, der Partei zu dienen bis zu jenen Minuten, wo wir die Augen für immer schließen werden. (Stürmischer Beifall.) Wir haben erlebt, daß ein Bismarck den Versuch gemacht hat, mit einem zwölfjährigen Ausnahmegesetz die sozialdemokratische Bewegung niederzuschlagen, und nach zwölf Jahren mußte er sagen, daß die Partei nicht tot zu kriegen ist, daß sie wieder neu aufstieg. Und ein anderer, der viel viel kleiner war als Bismarck, der sich aber für größer dünkte, hat versucht, im Auftrage des deutschen Großkapitals dasselbe zu erreichen. Auch er ist nach zwölf Jahren unterlegen, weil die Verhältnisse und Ereignisse stärker waren. Der Sozialismus ist keine Schöpfung einzelner Menschen, sondern eine Folge der kapitalistischen Zeitperiode, er wird bestehen bleiben, bis einmal das sozialistische Zeitalter das kapitalistische abgelöst hat. Bis zu dieser Stunde muß die soziale Demokratie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen. Ich habe mich sehr sicher, als daß wir auch diese Stunde noch erleben könnten. Wir freuen uns, an dieser geschichtlichen Aufgabe mitgewirkt zu haben, und wollen dankbar sein für das Schicksal, daß es uns diese Stunde erleben ließ. (Beifall.) Verlassen uns die Kräfte, trenne nur auf. Aber bleiben wird der Sozialismus, bis sein Sieg gekommen ist. (Beifall.)



Die Fahnenübergabe an die Jugend

Schmidt, mit den Worten: Tragt das Banner in alle Gauen, sorgt dafür, daß die Jugend wieder zur kämpferischen Gemeinschaft geführt wird. Genosse Schmidt übernahm die Fahne und bekannte: Wir wissen um die Opfer und die Arbeit, die vor allen Dingen unsere Vete-

Von einem Gedanken besetzt

Es folgte nun die große Rede des Genossen Otto Meyer (Berlin), die wir an anderer Stelle wiedergeben. Der andauernde starke Beifall, den der Redner fand, bewies, daß die Zuhörer von seinem gemeinsamen Gedanken besetzt waren.

Angesichts des tiefen Eindrucks, den die Worte des Genossen Meyer hinterlassen hatten, verzichtete Genosse Böttge auf sein Referat über den Neuaufbau der Partei. Er brachte als Ergebnis der Parteitagsarbeit die an anderer Stelle abgedruckte Entschließung ein, die einstimmig angenommen fand.

Der Weg zur Einheit

Für die Kommunistische Partei nahm jetzt Genosse Alois Pissack das Wort, um den Parteitag im Auftrage des Genossen Bernhard Koenen und im Namen der KPD zu begrüßen. Der Genosse erklärte dann unter wiederholtem Beifall des Parteitages: Ich wünsche Ihnen im Sinne des Weges, den Genosse Meyer aufgezeigt hat, vollen Erfolg. Wir Kommunisten können die Ausprägungen

des Genossen Meyer nur voll unterstreichen und ich bringe den Wunsch der KPD zum Ausdruck, daß der Weg, den wir beiden Parteien jetzt zu gehen haben, unsere Arbeitsteilnehmer noch enger zusammenführen wird und daß am Ende in nicht ferne Zeit ein einziges einheitliches Arbeiterpartei stehen wird. Die Katastrophe des Faschismus ist nur möglich gewesen, weil die Arbeiterschaft gespalten gewesen und weil es nicht gelungen ist, diese Spaltung zu überwinden. Die Jahre der Einkerkung, des namenlosen Elends am Ende der Terrorherrschaft sind uns dauernde Mahnung.

nie wieder eine Spaltung der Arbeiterschaft zuzulassen.

Wir wollen alle Kräfte einsetzen, um jeden Saboteur der Einheitsbestrebungen unter allen Umständen unschädlich zu machen. Die KPD hat aber nicht nur den Wunsch, diese Einheit

herzustellen, sondern auch den festen und aufrichtigen Willen, für die Verwirklichung dieser Bestrebungen einzutreten und ihre Partei überall auf dieses Ziel auszurichten. Die vergangenen Monate haben uns schon ein ganzes Stück auf diesem Wege vorwärts gebracht. Der Redner betonte die Schaffung der einheitlichen Gewerkschaften und stellte sie als Teilstück auf dem Wege zur Einheit hin.

Anschließend sprach Genosse Wolfram für den Provinzialausschuß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. 142000 organisierte Arbeiter des Bezirks Halle-Merseburg sind unmittelbar an der heutigen Tagung interessiert. Gemeinsame Interessen und Aufgaben verbinden Partei und Gewerkschaften. Unsere Aufgabe wird es sein, daß die neu geschaffene einheitliche freie Gewerkschaftsorganisation in der nächsten Zeit einen Zusammenschluß aller Arbeitenden in einer Partei.

Aus dem Kreise der Gastdelegierten sprach Genosse Berkowitz Worte des Dankes, während Frau Maria Dietrich (Helta) sich an die Frauen wandte. Gerade weil die Frau an den Kottlopf gehört, müsse sie sich um die Politik kümmern.

Die Einzeltagungen

Nach der offiziellen Eröffnung des Parteitages fand die kleine Sitzung des „Volkspark“ zur Tagung der Parteiarbeiter die Funktionäre der älteren Generation, die jugendlichen Genossen und die Genossinnen der Frauengruppen, um die Referate der Genossen Böttge, W. Schmidt und der Genossin Wolfram zu hören.

Genosse Böttge wies in kurzen und klaren Worten auf die geleisteten Arbeiten der Bezirksleitung und die allgemeine parteipolitische Tätigkeit innerhalb unseres Bezirkes hin. Im Rahmen seiner Ausführungen standen auch die Neuheiten für die Bezirksleitung und den Bezirksausschuß. Die vorgeschlagenen Genossen wurden in geheimer Wahl einstimmig gewählt. Abschließend gab der Redner bekannt, daß bis jetzt im Bezirk 282 Ortsvereine mit zusammen 22 000 Mitgliedern bestehen. Diese Erfolge müssen uns aber nur zu noch größerer Aktivität anspornen, um dem neu geschaffenen Werk die nötige Festigkeit zu geben.

Genosse Walter Schmidt sprach als Vertreter der Parteijugend, die durch die Mächtigwerden der Nationalsozialisten daran gehindert wurde, in die Parteiorganisation miteinzuzuwachen. Es ist unsere Aufgabe, die jungen Menschen, die zu uns gefunden haben und sich in

Kultur der neuen Zeit

Die Kulturpolitische Tagung des Bezirksparteitages eröffnete Genosse Gallasch und begrüßte die Delegierten, die aus allen Teilen des Bezirks erschienen waren. Genosse Gallasch gab eine umfassende Erklärung des Begriffes Kultur und forderte das Herantreten der Kulturpolitik. Je höher wir auf der Kulturstufe stehen, desto mehr werden wir mit dazu beitragen, uns die Achtung und das Ansehen aller anderen Nationen wieder zu erringen. Die Partei darf sich nicht darauf beschränken, einen kleinen Teil des Kulturschaffens zu unterstützen, sondern viele Kreise der Bevölkerung sollen an den kulturellen Veranstaltungen teilnehmen. Wir verlangen eine Kultur für unser Volk, die auf einem hohen Niveau steht.“ Der Redner zeigte den Weg zur Schaffung von Volkshochschulen, um die Volkshildung weitgehend zu fördern, und sagte: Selbstverständlich wird die Volkshochschule ihre Hauptaufgabe darin sehen, die breitesten Kreise der Bevölkerung mit den Lehren unserer großen sozialistischen Denker vertraut zu machen, ohne daß die Volkshochschule eine Parteischule

Es folgten nunmehr die Wahlen.

In den Bezirksvorstand wurden die Genossen Olschläger, Böttge, P. Peters, Pissack, Koenen, Kutsch, Sänisch aus Halle, einstimmig gewählt, ebenso in den Bezirksausschuß die Genossen Gustav Klemm (Könnern), Kurt Brenner (Ammendorf), Franz Keller (Osmünde), Karl Kämmer (Merseburg), Heinrich Mühlhöl (Leuna), Hermann Behrend (Querfurt), Fritz Drescher (Weißenfels), Walter Dräger (Naumburg), Kurt Strich (Tröbitz), Kurt Brand (Eisleben), Friedrich Zobel (Gerbstedt), Otto Gürtler (Helmberg), Friedrich Fäst (Sangerhausen), Otto Thiele (Artern), Walter Schnabel (Kölleda), G. Gruppe (Domnitzsch), G. Fleischer (Liebenwerda), Kammerahl (Seydau), Paul Buche (Deltzsch), Wilhelm Quitzsch (Eilenburg), Nikolaus (Bitterfeld), Paul Wessel (Wolkenburg).

Verheißungsvoller Ausklang

Genosse Olschläger schloß den Parteitag mit der Erklärung, daß die Veranstaltung jeden mit Stolz erfüllen könne. Das Gehörte wird uns Rhythmus in sein. Seine Worte: „Parteigenossen in Stadt und Land, wir sind die stärkste der Parteien, die Müßiggänger schafft beiseite, diese Welt muß unser sein!“ fanden stürmischen Beifall, worauf alle Versammelten begeistert die Internationalen sangen.

Nach der ersten Tagung der Parteiarbeiter des Bezirks Halle-Merseburg.

Der Redakteur unseres „Volksblatt“, Genosse Kasparek, gab einen kurzen Bericht über das Wiedererscheinen des zwölf Jahre lang verboten gewesenen „Volksblatt“, der mit allseitigem Beifall aufgenommen wurde.

Nach der erfolgten Diskussion schloß Genosse Walter Schmidt die Tagung der Parteiarbeiter des Bezirks Halle-Merseburg.

Der Redakteur unseres „Volksblatt“, Genosse Kasparek, gab einen kurzen Bericht über das Wiedererscheinen des zwölf Jahre lang verboten gewesenen „Volksblatt“, der mit allseitigem Beifall aufgenommen wurde.

werden darf. Die kulturelle Betreuung der Jugend muß die Hauptaufgabe der SPD sein. Die Jugend soll sich in freiwilligen Interessengruppen zusammenfinden, um hier die gesamte Kultur kennen und schätzen zu lernen.“

Gesunde Kritik — kein Kitsch. Zu dieser Forderung sagte der Redner: „Das Schlechte muß ausgeschieden, das wirklich Gute aber ständig durch positive Kritik gefördert werden. Wir wollen kein hohles Pathos, wir wollen echtes Empfinden und den Kitsch radikal ausmerzen. Unsere Parteipresse besteht bereits ein recht beachtliches kulturelles Niveau.“

Nach der Besprechung organisatorischer Aufgaben wurde die Bildung von Kulturausschüssen innerhalb der Unterbezirke mit drei Vertretern beschlossen. Es folgte die Eröffnung der Tagung der Kulturpolitischen Tagung war eine Anregung aus dem Teilnehmerkreis über Vorschläge der Neugestaltung des Universitäts-, Hochschul- und Kirchenwesens, die zur Prüfung der Bezirksparteileitung überwiesen wird.

Agrarfrage und Bodenreform

Die agrarpolitische Tagung fand ein lebhaftes Interesse seitens der Delegierten des Parteitages. Zahlreiche Genossen und Genossinnen nahmen daran teil und hörten das von großer Sachkenntnis zeugende Referat des Genossen Dr. Kasparek über die Agrarfrage, eine historische Übersicht über die Behandlung der Agrarfrage innerhalb der sozialistischen Bewegung. Hierbei ging er auf die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Kongressen der Dritten Internationale ein, die sich besonders mit der alten Streitfrage über die Zweckmäßigkeit der Betriebsform in der Landwirtschaft, ob Groß- oder Kleinbetrieb, erstreckte. Da man in der damaligen Zeit keinen Unterschied zwischen der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung machte, kam man bei der klaren Einstellung des wissenschaftlichen Sozialismus von der Überlegenheit der Großbetriebe zur Feststellung, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb zum Untergang verdammt sei. Erst die Erkenntnis der Krisenfestigkeit des Kleinbetriebes in der Agrarfrage der 90er Jahre und vor allem die Arbeiten des Genossen Eduard David zu dieser Frage führten zu einer Änderung der bisherigen Auffassung, so daß das Kieler Agrarprogramm aus dem Jahre 1927 die Forderungen aufstellen konnte, den Landtiefdienst zur Schaffung neuer kleinbäuerlicher Stellen zu verwenden. Man hat nicht in der Verbindung des hochintensiven und vom Eigeninteresse getragenen Kleinbetriebes mit den Errungenschaften der modernen Wissenschaft

und Technik auf genossenschaftlichem Wege die zweckmäßigste Form der modernen Landwirtschaft in sozialistischem Sinne. Vor allem aber hatte man aus den jahrzehntelangen Diskussionen erkannt, daß es letzten Endes nicht auf die Frage der Betriebsgröße ankommt, sondern daß die Struktur der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse ausschließlich der Ausdruck der politischen Machtverhältnisse ist. Diese Erkenntnis stellte der Referent in einer kurzen historischen Übersicht über den jahrhundertlangen Kampf der Bauernschaft mit dem Großgrundbesitzer, der zu Ungunsten der Bauern entschieden wurde, klar.

Uraltes Unrecht wieder gutzumachen, ist Ziel und Zweck der Bodenreform, die aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen gerade unter den heutigen Verhältnissen durchzuführen sei. Der Referent erklärte zunächst die Fragen, die mit dem eigenartigen Grund und Boden und seinen Eigentümern zusammenhängen und ging vor allem auf die Bestimmung ein, nach der der Großgrundbesitzer über 100 ha enteignet werden soll. Etwa hieraus entstehende Härtefälle werden die Gemeinde-Bodenkommissionen zweckmäßig zu erledigen wissen, denn diesen Kommissionen ist nach dem Willen des Gesetzgebers die ganze Entscheidung in die Hand gegeben. Ein neuer fruchtbarer Gedanke der Gesetzgebung, nicht nur oben herab alles zu regeln, sondern den Männern aus der Dorf mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen an Ort

Nach Recht und Gerechtigkeit

(Fortsetzung von Seite 2)

Vor einigen Tagen brachte der Londoner Rundfunk aus Anlaß des Prozesses gegen die SS-Untiere der KZ-Lager Auschwitz und Belsen eine bemerkenswerte Gegenüberstellung britischer und deutscher Justizpraxis. Die musterhafte Objektivität des Verfahrens gehe soweit, daß ehemalige Lagerinsassen das Interesse an dem Verfahren verloren und erklärten, warum erst dieser Prozess, warum erst jetzt die Leute nicht einfach? Dem aber selb entgegenzuhalten, daß es nicht englische Stille sei, irgend jemand ohne Verfahren zu verurteilen. Eines der Ziele dieses Krieges würde nicht erreicht sein, wenn eine Form rechtsbrecherischer Willkür durch eine andere ersetzt werden sollte.

Die Sieger, wir betrachten sie wirklich nicht als unsere Feinde, sind jetzt über uns zu Gericht. Aber wir sind Deutsche und wir arbeiten daran, daß wir uns diesen dieses Faktums vor der Welt nicht zu schämen brauchen. Denn wir sind nicht allzumal Sünder! Das beweisen je gerade jene fürchterlichen Konzentrationenlager, die den Abscheu der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen haben. Diese Massenmordinstitutionen wären ja nicht möglich gewesen, hätten wir nicht gekämpft. Allen gegenüber, die uns vorwerfen, daß wir uns dabei nicht durchgesetzt haben, muß allerdings eingewandt werden, daß wir nicht die Materialüberlegenheit unserer Gegner an Handstricken, Maschinenpistolen, Gullottinen und

Gaskammern nicht gewonnen gezeigt haben. Aber auch wir haben gegen ein System rechtsbrecherischer Willkür bis zur Aufopferung gekämpft. Als ein Teil des deutschen Volkes tragen wir die Verantwortung und stehen wir mit ihm vor dem Richterstuhl der Welt. Ist es unbillig oder unbescheiden, wenn wir darum bitten, in diesem Verfahren mit derselben musterhaften Objektivität behandelt zu werden, wie man unseren Mörder zugute kommt läßt?

Nach dem Willen des Internationalen Kontrollrates, der die oberste Regierungsgewalt in Deutschland ausübt und der in sich die großen hochkapitalistischen Siegerstaaten und die Sowjetunion repräsentiert, hat der wirtschaftliche und politische Neuaufbau grundsätzlich nur auf der verbliebenen privatkapitalistischen Basis und auf der Grundlage antifaschistischer Demokratie zu erfolgen. Die zugelassenen politischen Parteien haben dabei bis zur Bildung einer eigenen Regierung nur beratende, aber keine beschließende Funktion. Diese Feststellung ist zur Bestimmung unserer gegenwärtigen Position wichtig, weil sie vor dem Trugschluss bewahrt, als hätten wir bereits Machtpositionen in der Hand. Das trifft für alle Parteien zu. Es kann sich also immer nur um eine und im besten Falle entscheidende Einfühlung handeln, deren Wirksamkeit nicht immer abhängig von der Stärke der Organisation. Es kommt hinzu, daß sowohl

die katholische Geistlichkeit, als die Kirche betraut. Auch die Verwaltungspraxis ist in den einzelnen Besetzungszonen verschieden. In den Sowjetunion, Amerika, England und Frankreich verfolgen zwar alle die gleichen Ziele, handeln aber dabei unterschiedlich nach eingewurzelt politischen Traditionen. In der sowjetischen Besetzungszone ging die Bildung der Parteien, die Zulassung der Presse, die Heranziehung der Gewerkschaften, der stufenweise Aufbau einer zentralen Verwaltung überraschend schnell vor. Die Erfahrungen, die im sowjetischen Sektor nach dem bekannten Befehl des Marschalls Shukow hinsichtlich einer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Umstellung gemacht wurden, rechtfertigen nicht nur das Vertrauen, das die Besatzungsmacht in den guten Willen und die Tatkraft der wirklich aufbauenden Elemente setzt, sie sind auch der Beweis für ein tiefes psychologisches Einfühlungsvermögen.

Tempo und Praxis

Dagegen sind die Westmächte an dieses Tempo bisher nur zögerlich herangegangen. Sie haben sich dabei hauptsächlich dem Grundsatze leiten lassen, das Mißtrauen oder zumindest Vorsicht die Haupttendenzen der Demokratie sind. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die in der sowjetischen Besetzungszone der privatkapitalistischen Wirtschaftlichen Aufbau stark eingeschränkt, teilweise durch die Bodenreform völlig zurückgelassen worden ist, während im westlichen Sektor das Bürgertum, wenn auch nicht ausschließlich, so doch immer noch mehr zum Neuaufbau herangezogen wird. Die Jugendpflege soll in der Sowjetzone bekanntlich grundsätzlich nur auf dem neutralen Boden der kommunalen Selbstverwaltung erfolgen. In der westlichen Zone hat man damit zuerst

Die Potsdamer Beschlüsse

Wichtig für unsere Orientierung sind hier die Potsdamer Beschlüsse, die Deutschland als ein wirtschaftlich einheitliches Land zu wissen wollen. In der Tat muß diese Einheit auch als die einzige Voraussetzung dafür betrachtet werden, daß Deutschland die ihm auferlegte Wiedergutmachung erfüllen kann. Es ist keineswegs gerade leichtfertig, dem deutschen Volk zu verheimlichen, wie schwer es an dieser Wiedergutmachung zu tragen haben wird. Ein großer, für die Ernährung wichtiger Teil wurde abgetrennt. Trotzdem wird sich die Bevölkerungszahl ungefähr auf der gleichen Höhe halten wie vor 1933. Eine ungeheure Zahl von Flüchtlingen, 13 bis 14 Millionen, sind bis jetzt aus den Gebieten östlich der Oder und der Tschechei hereingeströmt. Sie brauchen ihnen von dem grausigen Elend, dem sie östlich angetroffen, wie schwer es ausgesetzt und zum Teil schon erlitten sind nicht viel zu erzählen. Mit Mitleid allein ist es hier nicht getan, hier könnte nur schnelles Eingreifen Hilfe und Rettung bringen. Diese Katastrophe bedroht nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa. Die Welt steht entsetzt vor der Tatsache, daß das erste Nachkriegsjahr durch Hunger und Entbehrungen, nicht mindestens eben so viele Opfer fordern wird, wie das erste Kriegsjahr. Hier hat zweifellos die schnelle Initiative der russischen Besatzungsmacht im systematischen Aufbau der Provinzial- und Zentralverwaltungen viel Gutes geschaffen.

stark gegenübergestanden haben von dem Augenblick an nämlich, als der Sieg nicht mehr „zum Greifen nahe“ war. An der profounden Wahrheit, daß die Großlandwirtschaft, ob bürgerlich oder nicht, der Tradition des Feudalismus halbtugig und genau wie die Herren der Schwerindustrie die treibenden Kräfte der deutschen Weiterentwicklung gewesen sind, kann auch Herr Dr. Schreiber nicht vorbeigehen. Wir sind Marxisten genug um zu wissen, daß wir ihnen mit dem wirtschaftlichen Einfluß, den die politische Wirksamkeit für immer zerbrechen wird.

Abrechnung mit Dr. Schreiber

In diesem Zusammenhang ist auch die jetzt in der Durchführung befindliche Agrarreform als positive Maßnahme zu werten. Es ist der erste Anfang einer gerechten Aufteilung des Grund und Bodens zur Schaffung eines Lebensraumes. Wer sich gegen die entscheidungslose Enttarnung des Großgrundbesitzes wendet wie Herr Dr. Schreiber, der von der Christlich-demokratischen Union, möge erst einmal die Frage beantworten, ob er angesichts des grausigen Elends in Deutschland die Anhebung eines riesigen Reichtums in die Hände derer, die sich nicht um unser Gewissen noch rechtfertigen kann. Große Wohl hat festgestellt, daß die Latifundien in Deutschland ungefähr 20 Prozent der Gesamtfläche umfassen, während ihre Eigentümer nur 0,05 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Flüchtlinge, Heimkehrer, Landarbeiter werden hier Brot für sich und die Bevölkerung schaffen, denn die Beispiele Sowjetrußlands, Länemark, der Schweiz und Hollands beweisen zur Genüge, daß nicht nur der Großgrundbesitzer von der Volksernährung dienen. Und im übrigen sollte wohl auch Herr Dr. Schreiber um die politische Einstellung der Latifundienbesitzer wissen. Es mag schon sein, daß vielleicht manche der Herren dem Dritten Reich

stark gegenübergestanden haben von dem Augenblick an nämlich, als der Sieg nicht mehr „zum Greifen nahe“ war. An der profounden Wahrheit, daß die Großlandwirtschaft, ob bürgerlich oder nicht, der Tradition des Feudalismus halbtugig und genau wie die Herren der Schwerindustrie die treibenden Kräfte der deutschen Weiterentwicklung gewesen sind, kann auch Herr Dr. Schreiber nicht vorbeigehen. Wir sind Marxisten genug um zu wissen, daß wir ihnen mit dem wirtschaftlichen Einfluß, den die politische Wirksamkeit für immer zerbrechen wird.

Damit ist die Frage nach der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft natürlich noch nicht beantwortet. Ihre Zerstörung ist so einzigartig und allumfassend, daß kein Vergleich möglich ist. Wie groß auch sonst immer Erschütterungen gewesen sein mögen, immer blieb auch in den schwersten Krisen ein gewisses inneres Gleichgewicht aufrechterhalten, eine Abstimmung zwischen Produktion, Umschlag, Verteilung und Verbrauch. Heute ist der Zusammenhang dieser einzelnen Faktoren völlig zerrissen, der Produktionsapparat zerstört und der Staatsbankrott eine Tatsache.

Wir müssen davon ausgehen:

daß auf einem stark verkleinerten Gebiet die gleiche Bevölkerungszahl vor 1933 ihre Existenz sucht und daß für sie Brot geschaffen werden muß; daß durch die unproduktive Arbeitsbeschaffung, Rüstung, Kriegskosten, eine Verschuldung eingetreten ist die dreimal das jetzige Volksergebnis übersteigt; daß nach Rückkehr der Kriegsgefangenen das mehrfache an gewerblichen Arbeitskräften vorhanden ist, als Produktionsmittel zur Verfügung stehen; daß zur Finanzierung des Staates Paris und zur Ankerbuldung der geringen noch möglichen Produktion keine Finanzquellen erschlossen werden können oder irgendwelches Geldkapital zur Verfügung steht; daß keine wirtschaftliche Grundlage vorhanden ist, hinter der eine Währungsreform steht. Die jetzige hat nur

jetzt den Anschein einer Stabilität, weil die alten Konten geschlossen sind und keine Wirtschaftsvorgänge mehr vorhanden sind, die durch eine stabile Währung irgendwie vergleichbar zu halten wären.

Das ist eine Inventur des Negativen! Aber es ist die Wahrheit und was sich dahinter verbirgt, ist grausam genug. Wer auch in einem Funken Hoffnung auf Verantwortung in sich spürt, muß diese Probleme anpacken, denn mit Deklamationen ist hier nichts getan.

Nach eingehenden Beratungen des Ausschusses für die Wirtschaftspolitik hat deshalb der Zentralausschuß Richtlinien beschlossen, die in diesen Tagen veröffentlicht werden. Sie beschäftigen sich eingehend mit der Organisation der Wirtschaft, mit den Möglichkeiten der Kreditschöpfung, mit der Planung nach dem Grundsatz des höchsten Nutzeffektes, mit der Finanzierung der öffentlichen Bedarfs- und industriellen Landbewirtschaftung mit der Bauwirtschaft.

schaft, der Handelspolitik und der Schaffung eines stabilen Geldwertes. Die Planung ist weder privatkapitalistisch noch sozialistisch, sondern dient ihrem eigenen Zweck, die Wirtschaft zunächst aus diesem Notstand herauszuführen und zunächst einmal

für das Volk eine Existenz zu schaffen

Es versteht sich von selbst, daß den Gewerkschaften hierbei eine wichtige und entscheidende Rolle zufällt. Wir gehen uns mit ihnen kameradschaftlich verbunden, denn sie sind wie wir ein Teil der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß neben der großen wirtschaftlichen Aufgabe, die deutsche Volkswirtschaft unter tätiger Anteilnahme der Arbeiterschaft zu reorganisieren und aufzubauen, noch das Reinigungswork steht, den Schutz aus den Hirnen jener Arbeiter zu entfernen, die durch die Hitlerpest verseucht worden sind. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris ist jetzt das Wort gefallen, daß auch die Gewerkschaftsinter-

nationale für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse durch persönliche Führungnahme mit der deutschen Arbeiterschaft zu überwachen, weil nur diese der Faktor sei, der die Durchführung der Wiedergutmachung sichern könne. Hier wächst also den Gewerkschaften eine riesige Verantwortung, aber auch eine große Aufgabe zu. Sie werden sich für die Ermittlung von mancher Tradition vor 1933. Wenn sie auf dieser Grundlage Tüchtigkeit halten mit den Kollegen der Gewerkschaftsinternationale, dann wird es ihnen auch gelingen, das Verständnis der Welt für die schwere innere Lage in Deutschland zu wecken.

Die eine große Arbeiterpartei

Für die Gestaltung der künftigen Politik Deutschlands ist aber noch ein anderer Faktor von entscheidender Bedeutung: die Wiedervereinigung der noch getrennt marschierenden beiden politischen Herbarten der deutschen Arbeiterklasse. Sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Viele unserer Genossen waren der Meinung, daß die Einigung schon am Beginn der neuen politischen Ära Deutschlands hätte stattgefunden. Aber die Leitung der Kommunistischen Partei, mit der wir im zentralen Arbeitsausschuß in enger Verbindung und besten Einvernehmen stehen, hat uns davon überzeugt, daß dazu eine gewisse Zeit der ideologischen Vorbereitung gehört. Wir wissen, daß sie den besten Willen hat, diese Spanne so bald als möglich zu überbrücken. Deshalb haben wir von den zentralen Körperschaften aus in alle Teile unserer Organisation jene gemeinsamen Arbeitsschritte geschaffen, die in gemeinsamer Arbeit nun die Voraussetzungen dafür schaffen sollen.

Wir wissen, daß dies nicht immer so reibungslos vor sich geht, was wohl von den beiden Zentren gewünscht wird. Das Kriegsergebnis ist noch nicht überliefert, herangebracht. Der gute Wille, das gilt nach beiden Seiten, darf natürlich kein Lippenbekenntnis sein, das gilt sowohl hinsichtlich der persönlichen Achtung als auch für die Parteilichkeit, die nur dann aufgegeben werden sollte, wo eine sachliche und fachliche Eignung das erzwingt. Aber man sollte es sich endlich abgewöhnen, im anderen Mitkämpfer immer noch den Verräter von früher zu sehen. Wir wissen, daß es für die kommunistische Leitung nicht so einfach ist, ihre Mitglieder daran zu gewöhnen, daß es jetzt auf die sachliche Aufbauarbeit auf demokratischer Grundlage ankommt. Aber auch unsere Genossen werden sich befehligen müssen, im früheren Gegner den Mitbewerber und künftigen Parteiländer zu sehen.

Ich weiß auch nicht, ob es in diesem Stadium der Vorbereitung einer Wiedervereinigung besonders zweckmäßig erscheint, immer wieder die Namen bestimmter Persönlichkeiten zu nennen, deren Mitarbeit von vornherein un-

erwünscht erscheint. Man sollte solche Vorbereitung nicht mit Bedingungen belasten, zumal man ja nicht einmal weiß, ob diese Männer von sich aus eine Führung anspricht in der deutschen Arbeiterbewegung erheben wollen. Wir haben uns bis jetzt ähnlichen Forderungen enthalten, und wir denken, daß diese Einstellung richtig ist. Die Entscheidung über solche Angelegenheiten sollte man sich den einzelnen Parteien selbst überlassen, wenn die eine Partei die andere selbst überlassen.

Noch sind beide Arbeiterparteien im Ausbaubereich. Ihre Wiedervereinigung wird gefördert, wenn der gute Wille auf beiden Seiten, was ich nicht bezweifeln möchte, vorhanden ist, und sie wird in dem Augenblick spruchreif, wenn beide Organisationen über das ganze Reichsgebiet festgefügt stehen. Bis dahin wollen wir in guter Kameradschaft zusammenstehen.

Genosse Meter schloß seine immer wieder von Beifall begleitete Rede mit einer Reminiszenz auf den 20. Jahrestag in Breslau abgehaltenen Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie. (Wir berichten darüber ausführlich in einem besonderen, aus der Feder des Redners stammenden Artikel.) Ein halbes Jahr ist es her, daß wir uns in der großen schrecklichen Krise hinter uns und furchtbare Wahrheit wurde, was Wilhelm Liebknecht damals in seiner Rede so klassisch formulierte:

„Wenn wir es nicht verstehen, die Erwerbslosen unserer Kultur zu verteidigen, so wird uns der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in die Barbareien führen.“

Wer empfindet nicht heute von uns, auf eine große Tradition zurückblickend, einen gewissen Stolz, Sozialdemokrat zu sein? So steht die alte Sozialdemokratie heute, bereit aus Fehlern zu lernen und das Gute aus der großen Vergangenheit zu übernehmen und zum Siege zu führen. Und in den letzten zwölf Jahren haben wir das herrliche Wort aus dem „Tord Fabianer“ wahr gemacht:

Das Banner mag stehen, wenn der Mann auch fällt.

BLICK IN DIE WELT

Oberste Sowjetwahlen

am 10. Februar 1946

Moskau, 6. Oktober (TASS). Im Zusammenhang mit der Beendigung des Krieges und in Anbetracht des Ablaufes der Vollmachten des Obersten Sowjets der UdSSR der 1. Einberufung, beschloß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, die Wahlen des Obersten Sowjets der UdSSR auf Sonntag, den 10. Februar 1946, anzusetzen.

Moskau bekommt das erste Erdgas

Bald bekommt Moskau das erste Erdgas von der Wolgastadt Saratow. Von diesem Erdgasvorkommen eine 850 km lange Gasleitung nach Moskau gelegt. In Moskau wird die Gasleitungen zur Verwertung des Gases getroffen. In einigen Großbetrieben werden Gasapparate und andere Apparate gebaut. Tausende Wohnhäuser mit Zentralheizungsanlagen werden auf billige Gasheizung umgestellt. In den letzten Tagen wurden in 1700 Moskauer Wohnungen Gasherde und andere Apparate aufgestellt.

Der Prozeß gegen Laval

Der Angeklagte proziziert

Paris, 7. Oktober (SNB). Allied Press meldet: Am zweiten Tag des Hochverratsprozesses Laval wurde der Angeklagte, der am Vortage wegen ungebührlichen Verhaltens aus dem Gerichtssaal entfernt worden war, wieder zur Verhandlung zugelassen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß er die Würde des Gerichts nicht aufs neue verletze.

Nach der Eröffnung der Sitzung beantragte der erste Verteidiger, Naud, eine Vertagung des Prozesses, da die Voruntersuchung nicht genügend abgeschlossen sei. Der Staatsanwalt Walter Mornet erwiderte: „Der Fall Laval war schon am Tage der Befreiung Frankreichs verhandlungsreif.“

Nach einer heftigen Szene zwischen Ankläger und Verteidiger zog sich das Gericht zurück, um über den Vertagungsantrag zu beschließen. Die Entscheidung lautete: „Der Prozeß gegen Laval wird am 10. Oktober 1946 fortgesetzt.“

Laval setzte seine Taktik fort, das Verfahren weiter zu verschleppen und in seiner Aussage alle Schuld auf Petain abzuwälzen. Er selbst sei nur im Amt geblieben, „darauf sei Petain der Verantwortung einhellig, die er bei seiner Ernennung gegeben habe.“

Nach Beendigung seiner Aussage beschloß das Gericht die Vertagung des Sitzungs um die der Angeklagte wegen angeblicher Mordtaten gebeten hatte.

Die Streiks in USA

Amerikanische Polizei attackiert streikende Arbeiter

Hollywood, 6. Oktober (SNB). Nach einer Reutermeldung wurde in Burbank (Kalifornien) vor dem Filmstudio der Warner Brothers ein Arbeiter getötet als die Polizei die Streikposten angriff. Der Streik der Filmarbeiter dauert bereits 8 Monate.

Eine Änderung in der Arbeitslage ergab sich am Freitag aus dem Gewerkschaftsstreit in die Oelarbeiter, die die Arbeit in den Fabriken wieder aufzunehmen, die im Anschluß an den Zusammenbruch der Verhandlungen in 15 Staaten von der Marine besetzt worden sind.

Moskau, 7. Oktober (SNB). An der Westküste der Vereinigten Staaten von Amerika, wo 60.000 Siewerksarbeiter streiken, jetzt auch 40.000 Holzfäller mit dem Streik.

Rechtspolitischer Ausschuß der SPD

In einer in Berlin abgehaltenen Versammlung aller Juristen der Partei wurde ein Rechtspolitischer Ausschuß beim Zentralausschuß gebildet. In dem einleitenden Referat umriß der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Klekamp, die Aufgaben des Rechts und der Juristenschaft als Kräfte der Erneuerung beim Wiederaufbau des deutschen Staats- und Gesellschaftslebens. Die Vorschläge zur Organisation des Ausschusses wurden einstimmig gebilligt. Danach wurden gebildet: ein Hauptausschuß mit seinem ständigen Sekretariat, fünf Arbeitsausschüsse, deren Zahl und Aufgabenbereiche nach Bedarf wechseln werden.

Mitarbeiter in einem Arbeitsausschuß kann jeder der Partei angehörige Jurist sein, der an der Arbeit des betreffenden Ausschusses Interesse hat. Die Aufgabe der rechtspolitischen Ausschüsse und seiner Arbeitsausschüsse besteht in der Behandlung aller an ihn herangetragen praktischen Fragen des Rechtslebens und in der grundsätzlichen Erörterung und Klärung der rechtspolitischen Probleme der Zeit.

(SNB) Die letzte japanische Besatzungskapitulation auf der Insel Orshii im zentralen Teil des Pazifik.

